

1 Zeitungsartikel zum Thema »Wirtschaftskrise in Griechenland«

HAMBURGER MORGENPOST

Mittwoch, 5. Mai 2010

THEMA DES TAGES

Kann man da noch Urlaub machen?

Pletikandidaten Griechenland, Spanien, Portugal

Urlaub in Griechenland? Trotz Staatsbankrott, trotz Dauerstreiks, trotz horrenden Steuererhöhungen, trotz wilder Demonstrationen, trotz des noch zu Hellas' Thimokrits. Was gestern noch zu Hellas' Thimokrits zählte - der gelassene Umgang mit Zetten und Zahlen und die lebensfrohe, unerschütterliche Optimismus - wird jetzt zum Sargstein für das kleine Land. Tourismuspolitiker überbieten sich mit markigen Sprüchen, ein paar Millionen Touristen werden von sinkenden Crosses und wackelnden Stipendien. Wer das Land kennt, weiß, dass die Wirklichkeit komplizierter ist. Die Griechen sind nicht nur Opfer ihrer Spektakel und deutscher Exportübermacht. Und ohne Touristen können sie nun einkaufend durchkommen. Also hinführen, geradeaus, ohne Umwege, schließlich reinwill wie immer. Wetter und Wasser von Defizit ungetrübte - und beim allem, was man tun kann, können man fahrlässig Solidarität demonstrieren mit einem agierenden Volk.

RAUL POSCHIEL
LAPAZ/REUTERS/EPIC/DAVID

Seit gestern ist die Akropolis, das berühmte Wahrzeichen Athens, im Schatten. Die griechische Regierung hat den Markt der griechischen Bankrott erklärt. Die Polizei droht, schon ihren Urlaub zu beenden. Noch größer ist die Zahl der Touristen, die nach Griechenland kommen. Die Bundesbürger auf, die in Griechenland schon nach dem Thema "Griechenland" suchen. In Griechenland schon nach dem Thema "Griechenland" suchen. In Griechenland schon nach dem Thema "Griechenland" suchen.

Bei Bürgern und der GOU ist es wie mit Griechenland: Beide haben jahrelang bei Finanzen getäuscht und verschleiert

SPT-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann

TOP FLOP

Michael & Romy

Die beiden sind die einzigen, die sich Sorgen bei ein...
Eigentlich geschossen -...
König? "Für die An...
WW. Die weltweite gesagte...
werden Persönlichkeiten...
an. Als sie "Wahrheit"...
den "Wahrheit"...
verfälscht gemacht haben...
gibt es keine...
Preis persönlich.

Zeitung des Tages

Bei Bürgern und der GOU ist es wie mit Griechenland: Beide haben jahrelang bei Finanzen getäuscht und verschleiert

SPT-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann

TOP FLOP

Michael & Romy

Die beiden sind die einzigen, die sich Sorgen bei ein...
Eigentlich geschossen -...
König? "Für die An...
WW. Die weltweite gesagte...
werden Persönlichkeiten...
an. Als sie "Wahrheit"...
den "Wahrheit"...
verfälscht gemacht haben...
gibt es keine...
Preis persönlich.

Mittwoch, 5. Mai 2010

Pleitekandidaten Griechenland, Spanien, Portugal.

Kann man da noch Urlaub machen?

Von HARALD STUTTE

Aufruhr in Athen: »Die Bürger haben Angst«

5 ATHEN Das Milliarden-Rettungspaket – heute soll es der Bundestag auf den Weg bringen. Zeitgleich fordern immer mehr Politiker: Griechenland muss die absolute Ausnahme bleiben! Auch wenn Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann gestern verkündete, die deutschen Banken würden einen »spürbaren Beitrag« zum Hilfspaket leisten, steht fest: Mit bis zu 22,4 Milliarden bürgt allein der Bund in den nächsten drei Jahren. Die Gefahr, dass am Ende die Steuerzahler die Zeche zahlen, ist groß. Jetzt fordert die CSU, Pleite-Länder künftig aus der Euro-Zone zu werfen.

15 Unterdessen lieferten sich aufgebrachte Bürger in Athen gestern Auseinandersetzungen mit der Polizei. Rund 100 Lehrer versuchten, Absperungen zu durchbrechen und bis zum Eingang des Parlaments vorzudringen. Überall im Land gab es Streiks. Die griechische Regierung muss in den nächsten drei Jahren 30 Milliarden Euro sparen, um das Land mithilfe des IWF und der EU vor der Pleite zu retten. »Die Bürger haben Angst«, schrieb die konservative Zeitung »Kathimerini«.

25 In Südeuropa droht jetzt ein Streiksommer, Was tun, wenn die Reise bereits gebucht ist?

30 Griechenland droht ein heißer Sommer – das Sparpaket treibt die Hellenen auf die Straße. Gestern legten Staatsbedienstete die Arbeit nieder. 2,3 Millionen Deutsche, die auch dieses Jahr nach Griechenland reisen möchten, sehen ihren Urlaub bedroht. Noch größer ist die Zahl der Spanien- und Portugal-Urlauber, wo ebenfalls harte Sparmaßnahmen drohen. Dennoch fordert der FDP Europa-abgeordnete Jorgo Chatzimarkakis die Bundesbürger auf, ihre Ferien in Griechenland zu verbringen, zumal die Preise fallen. Acht Fragen zum Thema:

Sind Streiks im Sommer wahrscheinlich?

40 In Griechenland schon. Nachdem die Athener Regierung schmerzliche Einschnitte beschlossen hat, drohen massive Arbeitskämpfe. Schon in »normalen« Zeiten gibt es häufig Streiks in Griechenland, im letzten Sommer waren es Fluglotsen. Streiks, die den Tourismus betreffen, sind populär – weil sie die Achillesferse des Landes treffen.

Wie wichtig ist der griechische Tourismus?

18 Prozent trägt der Tourismus zum Bruttosozialprodukt bei, er beschäftigt 700 000 Griechen. Der Industriesektor steuert zehn Prozent, die Landwirtschaft 3,4 Prozent bei.

Welche Rechte haben die Reisenden?

Laut EU-Fluggastrechte-Verordnung müssen Airlines Fluggästen kostenfreie Betreuungsleistungen erbringen, Alternativflüge anbieten oder den Flug kostenfrei stornieren. »Pauschalreisende haben zudem die Möglichkeit, im Streikfall den Pauschalreisevertrag zu kündigen«, so Holger Hopperditzel, Anwalt für Reiserecht, zur MOPO.

Gilt das auch bei Verspätungen?

Bei Verspätungen ab zwei Stunden ist die Fluggesellschaft verpflichtet, Betreuungsleistungen anzubieten – Mahlzeiten, Hotelübernachtung mit Transfer und Telefonate. Verspätungen von mehr als 4 Stunden stellen einen Reisemangel dar – Preisminderung ist möglich.

Wer haftet für die Kosten?

Ist der Flug Teil einer Pauschalreise, haftet neben der Airline auch der Reiseveranstalter für die Streikfolgen. Der Veranstalter muss Ersatzflüge beschaffen und den Reisenden rechtzeitig an sein Ziel bringen.

Gibt es Entschädigungen für »nutzlos aufgewendete Urlaubszeit« (so Juristen)?

Nur im Falle »einer schuldhaften Pflichtwidrigkeit« des Anbieters haftet der Veranstalter. Ein gewerkschaftlich organisierter Streik gehört nicht dazu. Aber: »Im Zweifel erhält der Kunde sein Geld zurück«, so Daniela Sauerwald, Pressesprecherin der Rewe-Group (ITS, Jahn Reisen, Tjaereborg) zur MOPO.

Kann ich »vorbeugend« umbuchen, um dem Streikrisiko zu entgehen?

Bevor ein Streik beschlossen ist, gilt: Umbuchen ist nur auf eigene Kosten möglich.

Gibt es eine »anti-deutsche Stimmung«?

Nach wie vor sind die Griechen sehr gastfreundlich. Allerdings ließen sich jüngst Zeitungen zu Hassattacken gegen die Kanzlerin hinreißen – Berlin wird für die Sparorgie verantwortlich gemacht. So bezeichnete »To Vima« Angela Merkel als »kleinbürgerliche Anhängerin des Stasi-Staates«, die einst »hinterrücks ihren Mentor Kohl erdolchte«. »Eleftherotypia« verglich das Sparpaket sogar mit der Besetzung durch die Nazis 1941.

Versunken im griechischen Sumpf

Ökonomen streiten, ob die Europäische Zentralbank richtig agiert – oder ob sie sich von der Politik instrumentalisieren lässt

Von Helga Einecke

Frankfurt – In der Griechenland-Krise gibt es viele Verlierer. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) muss sich dazu zählen. Den Griechen zuliebe weicht sie von einem ihrer Prinzipien ab, die einen stabilen Euro garantieren sollten. Sie hat ihren Mechanismus zur Geldschöpfung und Kreditvergabe an die Banken in einem wichtigen Punkt geändert. Normalerweise nimmt sie von den Kreditinstituten erstklassige Wertpapiere in Zahlung – also Bundesanleihen oder andere Papiere bester Bonität. Gegen dieses Pfand erhalten die Banken frische Euros für einen überschaubaren Zeitraum, in der Regel wenige Wochen lang.

In der Finanzkrise hat die EZB dieses Prinzip bereits gelockert, und zwar für alle Banken des Euroraums. Um die angesprochenen Kreditinstitute flüssig zu halten, akzeptiert sie seit einiger Zeit auch Wertpapiere zweiter Klasse. Seit Anfang dieser Woche nimmt sie sogar nicht nur zweitklassige, sondern alle Papiere des kalamiten Staates Griechenland. Die Folgen sind nicht absehbar. Sollte Griechenland seine Schulden nicht tilgen können, hält die EZB wertlose Wertpapiere. Ihre möglichen Verluste müssten von den nationalen Notenbanken und damit von den Steuerzahlern getragen werden.

Diese „Lex Griechenland“, so fürchten die Skeptiker, sei erst der Anfang vom Ende des stabilen Euro. Es werde nicht mehr lange dauern, und die Europäische Noten-

bank werde dem schlechten Beispiel der amerikanischen Notenbank Federal Reserve und der Bank von England folgen und umlaufende Staatspapiere kaufen, erst von Griechenland, dann auch von Portugal, Spanien und Italien. Zumindest ist ein solcher Kurs nicht auszuschließen. Verboten ist der Notenbank aufgrund der Verträge zum Euro, die Staaten der Währungsunion direkt zu finanzieren, also neue Euros gegen frisches herauszugeben. Papiere eines Staates zu tauschen. Der Auktionsumlaufender Titel liegt im Graubereich des Möglichen.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und sein Stab müssen sich genau überlegen, ob sie es wirklich so weit kommen lassen wollen. Die nächste Gelegenheit dazu haben sie am Donnerstag, wenn der EZB-Rat ausnahmsweise in Lissabon tagt. Bisher hat der sonst so eloquente und auf Stabilität pochende Trichet das Griechenland-Problem schlecht verkauft. Erstens hatte er zunächst Sonderregeln für einzelne Länder ausgeschlossen. „Wir werden unseren Rahmen für Sicherheiten für Refinanzierungsoperationen nicht in Bezug auf ein Land ändern“, sagte er noch Anfang diesen Jahres. Zweitens hat er Kritiker in den eigenen Reihen verdonnert, sich in der Öffentlichkeit zurückzuhalten. Als besonders kritischbeurteilt gelten im Euro-Rat die Deutschen Jürgen Stark und Axel Weber. Der EZB-Chefvolkswirt und der deutsche Notenbankpräsident hatten sich skeptisch geäußert, ob der Interna-

tionale Währungsfonds der richtige Retter für Griechenland wäre. Inzwischen sind die Kritiker verstummt. Trichet dagegen trägt das deutsche Wort „Schicksalgemeinschaft“ auf den Lippen, wenn er auf die Krise der Währungsunion angesprochen wird. Damit kennzeichnet er auch den Schlingerkurs der EZB.

Ulf Krauss, Volkswirt der Helaba, sieht die EZB als „eine Getriebene der Situation“. Andere Bankökonomien halten die Unabhängigkeit der Notenbank be-

Skeptiker fürchten, die „Lex Griechenland“ sei der Anfang von Ende des stabilen Euro.

reits für eingegrenzt durch die Ereignisse. Trichet muss sich zumindest vorhalten lassen, dass seine Reputation durch unbedachte Äußerungen gelitten hat. „Die Glaubwürdigkeit hat einen Kratzer bekommen“, erklärt Mario Gruppe von der NordLB.

In der Sache aber nehmen viele Ökonomen die EZB in Schutz. So behauptet Gruppe, die Akzeptanz aller griechischen Staatsmittel durch die EZB sei alternativlos. Schließlich wären die Geschäftsbanken Griechenlands am Ende gewesen, wenn sie die Wertpapiere aus ihren Büchern nicht mehr als Pfand hätten einreichen dürfen. Auch Kater hält den freiwilligen Schritt der Notenbank für ei-

ne außergewöhnliche Pflichtübung, weil die EZB nicht nur für eine stabile Währung, sondern auch für stabile Finanzmärkte sorgen müsse. Ökonom Torge Middendorf von der WestLB schiebt den schwarzen Peter an die Rating-Agenturen weiter. Die EZB befreie sich nun von der Abhängigkeit der Rating-Agenturen. Die Agentur S&P habe mitten in der Griechenland-Krise das Land herabgestuft und damit die Krise deutlich verschärft. Die Rating-Agenturen hätten auch in der Finanzkrise viel zu spät reagiert. Lieber solle die Notenbank künftig selbst beurteilen, wie werthaltig die Titel der Eurostaaten sind. Genügend Expertise habe sie schließlich im Haus.

Es ist jedoch mehr als fraglich, ob sich die Mannschaft um Trichet dies antun will. Sie würde sich weit mehr als bisher mit den Mitgliedstaaten der Währungsunion anlegen, wenn sie für deren Finanzpolitik Noten verteilen würde. Bisher beließ es Trichet bei allgemeinen Mahnungen, wenn es um ausufernde Staatsfinanzen ging. Niemals nannte er den Namen eines Sünderlandes. Das wäre ihm im Falle von Griechenland auch doppelt schwer gefallen, weil sein Stellvertreter ein Grieche war. Doch das ist Vergangenheit. Seit Mai wird der Vizepräsident der Europäischen Zentralbank von Portugal gestellt. Böse Zungen behaupten, dies sei ein böses Omen. An den Märkten gilt Portugal als das Land, das nach Griechenland am stärksten belastet ist durch die Schuldenkrise.

Versunken im griechischen Sumpf

Ökonomen streiten, ob die Europäische Zentralbank richtig agiert – oder ob sie sich von der Politik instrumentalisieren lässt Von HELGA EINECKE

Frankfurt – In der Griechenland-Krise gibt es viele Verlierer. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) muss sich dazu zählen. Den Griechen zuliebe weicht sie von einem ihrer Prinzipien ab, die einen stabilen Euro garantieren sollten. Sie hat ihren Mechanismus zur Geldschöpfung und Kreditvergabe an die Banken in einem wichtigen Punkt geändert. Normalerweise nimmt sie von den Kreditinstituten erstklassige Wertpapiere in Zahlung – also Bundesanleihen oder andere Papiere bester Bonität. Gegen dieses Pfand erhalten die Banken frische Euros für einen überschaubaren Zeitraum, in der Regel wenige Wochen lang.

In der Finanzkrise hat die EZB dieses Prinzip bereits gelockert, und zwar für alle Banken des Euro-raums. Um die angeschlagenen Kreditinstitute flüssig zu halten, akzeptiert sie seit einiger Zeit auch Wertpapiere zweiter Klasse. Seit Anfang dieser Woche nimmt sie sogar nicht nur zweitklassige, sondern alle Papiere des klammen Staates Griechenland. Die Folgen sind nicht absehbar. Sollte Griechenland seine Schulden nicht tilgen können, hält die EZB wertlose Wertpapiere. Ihre möglichen Verluste müssten von den nationalen Notenbanken und damit von den Steuerzahlern getragen werden.

Diese »Lex Griechenland«, so fürchten die Skeptiker, sei erst der Anfang vom Ende des stabilen Euro. Es werde nicht mehr lange dauern, und die Europäische Notenbank werde dem schlechten Beispiel der amerikanischen Notenbank Federal Reserve und der Bank von England folgen und umlaufende Staatspapiere kaufen, erst von Griechenland, dann auch von Portugal, Spanien und Italien. Zumindest ist ein solcher Kurs nicht auszuschließen. Verboten ist der Notenbank aufgrund der Verträge zum Euro, die Staaten der Währungsunion direkt zu finanzieren, also neue Euros gegen frisch herausgegebene Papiere eines Staates zu tauschen. Der Einkauf umlaufender Titel liegt im Graubereich des Möglichen.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und sein Stab müssen sich genau überlegen, ob sie es wirklich so weit kommen lassen wollen. Die nächste Gelegenheit dazu haben sie am Donnerstag, wenn der EZB-Rat ausnahmsweise in Lissabon tagt. Bisher hat der sonst so eloquente und auf Stabilität pochende Trichet das Griechenland-Problem schlecht verkauft. Erstens hatte er zunächst Sonderregeln für einzelne Länder ausgeschlossen. »Wir werden unseren Rahmen für Sicherheiten für Refinanzierungsoperationen nicht in Bezug auf ein Land ändern«, sagte er

noch Anfang dieses Jahres. Zweitens hat er Kritiker in den eigenen Reihen verdonnert, sich in der Öffentlichkeit zurückzuhalten. Als besonders stabilitätsbewusst gelten im Euro-Rat die Deutschen Jürgen Stark und Axel Weber. Der EZB-Chefvolkswirt und der deutsche Notenbankpräsident hatten sich skeptisch geäußert, ob der Internationale Währungsfonds der richtige Retter für Griechenland wäre. Inzwischen sind die Kritiker verstummt. Trichet dagegen trägt das deutsche Wort »Schicksalsgemeinschaft« auf den Lippen, wenn er auf die Krise der Währungsunion angesprochen wird. Damit kennzeichnet er auch den Schlingerkurs der EZB.

Ulf Krauss, Volkswirt der Helaba, sieht die EZB als »eine Getriebene der Situation«. Andere Bankökonom halten die Unabhängigkeit der Notenbank bereits für eingegrenzt durch die Ereignisse. Trichet muss sich zumindest vorhalten lassen, dass seine Reputation durch unbedachte Äußerungen gelitten hat. »Die Glaubwürdigkeit hat einen Kratzer bekommen«, erklärt Mario Gruppe von der NordLB.

In der Sache aber nehmen viele Ökonomen die EZB in Schutz. So behauptet Gruppe, die Akzeptanz aller griechischen Staatstitel durch die EZB sei alternativlos. Schließlich wären die Geschäftsbanken Griechenlands am Ende gewesen, wenn sie die Wertpapiere aus ihren Büchern nicht mehr als Pfand hätten einreichen dürfen. Auch Kater hält den freiwilligen Schritt der Notenbank für eine außergewöhnliche Pflichtübung, weil die EZB nicht nur für eine stabile Währung, sondern auch für stabile Finanzmärkte sorgen müsse. Ökonom Torge Middel-dorf von der WestLB schiebt den schwarzen Peter an die Rating-Agenturen weiter. Die EZB befreie sich nun von der Abhängigkeit der Rating-Agenturen. Die AgenturS&P habe mitten in der Griechenland-Krise das Land herabgestuft und damit die Krise deutlich verschärft. Die Rating-Agenturen hätten auch in der Finanzkrise viel zu spät reagiert. Lieber solle die Notenbank künftig selbst beurteilen, wie werthaltig die Titel der Eurostaaten sind. Genügend Expertise habe sie schließlich im Haus.

Es ist jedoch mehr als fraglich, ob sich die Mannschaft um Trichet dies antun will. Sie würde sich weit mehr als bisher mit den Mitgliedsstaaten der Währungsunion anlegen, wenn sie für deren Finanzpolitik Noten verteilen würde. Bisher beließ es Trichet bei allgemeinen Mahnungen, wenn es um ausufernde Staatsfinanzen ging. Niemals nannte er den Namen eines Sünderlandes. (...)

2 POLITIK

WORTE DER WOCHE

«Sie ist eine starke Persönlichkeit. Eher ein Mann als eine Frau.»

Manuel Aboodh, libanesischer Ministerpräsident, über Bundeskanzlerin Angela Merkel

«Die Vereinigten Staaten haben nicht nur die Bombe eingesetzt, sie bedrohen damit auch andere Länder, darunter auch mich.»

Reinhold Achenbach, deutscher Präsident, vor den Vereinten Nationen, auf einer Konferenz über nukleare Abrüstung

«Wir sind für das Öl verantwortlich, und die Verantwortung liegt bei uns, es zu besitzigen.»

Tony Hayward, Vizepräsident des Mineralölkonzerns BP, über die Ölpest vor der Küste von Costa Rica

«Unsere Aufgabe ist im Grunde, Britisch Petroleum nicht den Stiefel aus dem Genick zu nehmen.»

Ali Sabawi, UN-Vertreiter, über den Umgang seiner Regierung mit BP

«Sie ist bloß eine heuchlerische Frau, die von sich sagt, sie sei Labour-Anhängerin gewesen.»

Gordon Brown, britischer Premierminister, über eine Begegnung mit einer Schülerin, die ihn nicht beachtet, denn ihre Mitschülerin steht gegenüber ihm

«Das war ein großer Fehler.»

Jürgen Rüttger, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident (CDU), über das Angebot seiner Partei, gegen Galt Enderle zu kandidieren mit Tim Lutz

«Thiere, blockierte!»

Demonstranten am 1. Mai, die die Adresse von Bundesministerpräsidentin Angela Merkel (CDU) während einer Sitzblockade gegen einen Treasurereisenden

«Ich feuere Mitarbeiter morgens, weil ich dann am frischen bin.»

Carst Barck, Chef der Internetseiten Yahoo, über ihre Personalpolitik

ZEITSPiegel

Ohne Moral

Wer sich bewegt, hat schon verloren. Nach dieser dogmatischen Überlebensweisheit, die in den Diskursen des letzten Jahrhunderts lange erfolgreich zur Anwendung kam, wollte auch die 1941 gegründete Legion Christi leben. «Der Legionäre lebe die Kirche so, wie sie ist», lautet ein zentraler Grundsatz des Ordens. Doch so erkenntverneinend die Theorie, so abenteuerlich die Praxis. Der 2008 verstorbenen Ordensführer Marcel Maciel hatte sich deren wenig Hilfe gegeben, seinen selbst formulierten pseudoökologischen Dognen zu folgen oder sich nur seine pseudoökologische Ökonomie zu versuchen, das ihn nach der Vatikan offiziell für unheilvoll erklärt und der Legion einen päpstlichen Konformitätsverbot erteilt hat. Damit sind die Antimoralisten als Heuchler entlarvt. Vor allem aber wird ein Phantasmagorisches, das nicht nur die Moral des Kirchenwesens, sondern jeder Gemeinschaft untergründet. In die Dognen erst formuliert, lebt sich völlig ungut. **EF**

Wund, aber stark

Warum die Griechenland-Krise ein großer Augenblick Europas ist

VON MATTHIAS KRUPA

inklusive. Gustav Seiwitz hat in der *Süddeutschen Zeitung* auf diesen Zusammenhang hingewiesen. Ein anderes Beispiel ist die Landspitze in Nordrhine-Westfalen. Ob Angela Merkel mit der Hilfe für Griechenland genötigt hat, weil in Düsseldorf gewählt wird – diese Frage ist in London genauso leidenschaftlich diskutiert worden wie in Berlin oder im Hag. Die britische *Times* hat die deutsche Kanzlerin hierfür so entschieden kritisiert wie das *Sonntags-Dagbladet*. Diese Kritik wiederum ist nicht ohne Echo geblieben – der Wahlkampf in NRW gewinnt neues Thema (siehe Seite 5).

Die meisten fühlen als Deutsche – und denken als Europäer

Von Ringen der Staatschefs bis zum Schlappschuss in der Boulevardpresse: Die oft beschworene und lange Zeit vermisste europäische Innenpolitik – sie sieht sie aus. Das dabei unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen, etwa von deutschen Steuerhelfern und griechischen Rentnern, ist ungewohnt. Ein Rückblick ist es nicht.

Die EU befindet sich gegenwärtig in ihrer schwersten Krise, seit allem Potenzial zu einer Tragödie, hat der große Europäer und noch größere Apokalypsen Jockel Fischer in diesen Tagen gemerkt. Gerade deshalb ist es wichtig zu verstehen, wodurch sie sich von den vorausgegangenen Krisen unterscheidet. In den vergangenen Jahren war es der Lissabon-Vereinbarung der EU von einer Verflechtung in die nächste stürzte. Geht man um Abstimmungsmengen und Verfahrensmöglichkeiten, mit denen das byzantinische Regelwerk perfektioniert werden sollte. Die Integration, so sieht es vielen, war nun Schluss gekommen. Die Griechenland-Krise hingegen hat sich Europa nicht ausgesagt. Sie betrifft den Kern des europäischen Projekts.

Dabei haben sich die Rollen auf bemerkenswerte Weise vertauscht. Lange Zeit war die EU ein politisches Projekt, dem die wirtschaftliche Integration als Vehikel diente. Dabei galt: Was politisch richtig war, konnte wirtschaftlich nicht falsch sein. Die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone folgte diesem Prinzip. Nun zwingt die Entwicklung der Weltwirtschaft die EU zu weiterer Integration. Und wirtschafts- oder finanz-

politische Fehler beschwören fatale politische Konsequenzen herauf – schlimmenfalls bis hin zu einem Auseinanderbrechen der EU.

Bräutet die EU deshalb nun eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzregierung? Nein, nicht wenn damit eine weitere Institution mit notenem Vorsitz und regelmäßigen Treffen gemeint ist. Aber das die Länder der Euro-Zone, die eine gemeinsame Währung haben, für wirtschafts- und finanzpolitisches Handeln besser koordinieren müssen als bisher, liegt auf der Hand. Alle Vorschläge, die nun kursieren – von der besseren gegenseitigen Kontrolle bis zur Gründung einer europäischen Rating-Agentur – laufen genau darauf hinaus: mehr, nicht weniger Europa.

Die meisten Menschen in Deutschland wissen das – aber sie fühlen anders. Die Leiterin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, Renate Köcher, hat ihre Umfragen zu Europa unlängst in der *faz* zusammengefasst. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen, schreibt Köcher, sei überzeugt, «das die europäischen Länder überhaupt keine andere Möglichkeit als den engen Schulterschluss und einen gemeinsamen politischen Kurs haben, wenn sie sich in dem neuen weltpolitischen Kräfteverhältnis behaupten wollen». Nur 9 Prozent der Deutschen glauben laut Allensbach, dass der Euro in Deutschland wieder abgeschafft werden könnte. Aber fast 50 Prozent antworten auf die entsprechende Frage, dass ihnen die Rückkehr zur D-Mark lieber wäre.

Herrn und Herrn stehen in unterschiedliche Richtungen. Man fühlt als Deutscher (aktuell 81 Prozent), stimmt aber zu, dass Europa unsere Zukunft ist (62 Prozent). Je enger die Welt zusammenrückt, desto größer wird die Sehnsucht nach den verlassenen Entitäten. Ja, auch die nach nationaler Identität.

Angela Merkel hat versucht, auf diese Empfinden Rücksicht zu nehmen. Erst hat sie suggeriert, das Hilfen für Griechenland nicht nötig seien. Und als diese unangenehm wurden, hat sie argumentiert, wenn es nur um Griechenland gegangen wäre, hätte sie anders entschieden. Dies vor allem kann man ihr zum Vorwurf machen: Die Kanzlerin hat in den vergangenen Wochen ausschließlich in das deutsche Herz geschaut und dabei den europäischen Versuch ihrer Landkarte ignoriert. Ausgerechnet Merkel, die Kühle.

MIL AUSS

Rom

VON: jurgelichowen@zeit.de

BETREFF: mltin-Gary

Die Eltern römischer Teenager fürchten diesen Moment. Den Moment, in dem ihnen ihr halbwegs großes Kind eröffnet, dass es flügge werden will – und zwar auf einem motorisierten Mofa. Rom ist die europäische Mofa-Kapitale, rund 600.000 solcher Zweiräder sind hier unterwegs, eine ansehnliche Armada, die sich kaum um rote Ampeln und ein Verkehrsregelsystem. Als wir Eltern damals Mofa fuhren, waren die Dinge natürlich anders, einen Helm zu tragen war noch nicht Vorschrift, bei dem Gedanken, unsere Kinder könnten ähnlich fahren, wird uns ganz anders. Effig wie alle Konventionen prägen wir den öffentlichen Nahverkehr. Vor allem besen wir, dass unsere Kinder nicht zu ihren Freunden in ein Mini-Car steigen.

5000 dieser Leichtfahrzeuge gibt es schon. Sie sehen wie Autos aus, fahren aber mit einem Mopedmotor. Besonders in den bürgerlichen Vierteln kaufen Eltern ihren Kindern zum Feiertag zwischen 10.000 und 14.000 Euro diese Fahrzeuge, weil sie glauben, die Teenager seien damit sicherer. Die Kinder flitzen damit zur Schule und zu Partys, natürlich sind die Dinger frisiert – Kostenpunkt 100 Euro. Natürlich gibt es innerhalb von drei Tagen zwei tödliche Unfälle, seither wird darüber debattiert, die Autos erst ab 16 Jahren – statt ab 14, Verkehrsordnung gibt es in den römischen Schulen übrigens nicht, ebenso wenig wie Sexualkunde.

Moskau

VON: johannes.voss@zeit.de

BETREFF: Frühling

In diesem Jahr ist der Frühling zwei Wochen früher nach Moskau gekommen. Zum Mai-Festtag zeigen die Blume und Büsche bereits einen grünen Flaum. Da ist die Stunde des Apothegmens, des alten Botanischen Gartens am Fiederspektor. Peter der Große hat ihn vor gut 300 Jahren gegründet, um Heilkräuter für seine Militärkronenherstellung anzupflanzen. Die Hochhäuser des umliegenden Viertels, Touristen im Stil des Stalinischen Klassizismus mit Säulen und Zierbalken, gelbe Backsteinbauten der späten Sowjetzeit und glasglänzende Businesszentren des vergangenen Jahrzehnts, bedingen den Park zwar von allen Seiten. Doch nach dem fast schmerzhaften Herbst und Winter bilden sich jetzt schon im Eingang Schlangen. Die Besucher tragen knifflische Hemden und T-Shirts, als wollten sie zu den Tulpen, Hyazinthen und Apfelsinenblüten in Konzentration treten. Vor den Ziersteinen steht ihnen Fotoapparat aus dem Jahr, um in oft verkleinelter Pose ihre Blüte abzuliefern. Hochsteigende strecken sich für ihre Erinnerungsfotos in lazierten Posen auf den horizontalen Ästen verweilter Bäume auf. Draußen vor dem Park schlägt die Verkehrspolizei teilweise die Fahrbahn auf den Bushaltestellen. So haben alle ein bisschen Freude an diesem Moskauer Frühlingstag.

FREUDE ZEIGT IHRE WAHRE GRÖSSE IM KLEINGEDRUCKTEN.*

Warum interessieren sich eigentlich die wenigsten Menschen für das Kleingedruckte? Dabei sind es oft die kleinen Zahlen, die am meisten Eindruck machen. Wie bei unseren effizienten Motoren: Im BMW 730iL zum Beispiel entlastet das Triebwerk mit 180 kW (245 PS) einen beeindruckenden Vortrieb, wobei dabei aber ebenso beeindruckend effizient. Das merken Sie nicht erst, wenn Sie im fahnen, sondern schon wenn Sie Ihren Blick auf den unteren Teil dieses Kleingedruckten legen – auf das Kleingedruckte. Mehr bei Ihrem BMW Partner oder unter www.bmw.de/EfficientDynamics.

EFFIZIENTE MOTOREN. FREUDE IST BMW.

BMW EfficientDynamics
Weniger Verbrauch. Mehr Fahrspaß.

730iL	6.0 i1000 km	100 kW (245 PS)
19,1 l/100 km	19,1 l/100 km	19,1 l/100 km

* Kraftstoffverbrauch innerorts: 9,1 l/100 km, außerorts: 5,8 l/100 km, kombiniert: 6,9 l/100 km. CO₂-Emission kombiniert: 180 g/km. Als Basis für die Verbrauchsangabe gilt der ECN-Fahrzyklus. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Donnerstag, 6. Mai 2010

Wund, aber stark

Warum die Griechenland-Krise ein großer Augenblick Europas ist Von MATTHIAS KRUPA

An diesen Moment im Frühjahr 2010 wird sich Europa lange erinnern. An die Lügen der Griechen, an die Kumpanei der anderen Euro-Länder und an den Schrecken, den die Finanzmärkte mit ihren immer skrupelloseren Wetten auf einen griechischen Staatsbankrott verbreitet haben. Einen dramatischen Augenblick lang sah es so aus, als hinge das Schicksal der gesamten Europäischen Union – jenes historisch beispiellosen Werks von 60 Jahren – am seidenen Faden irgendwelcher halbseidenen Rating-Agenturen. Dass wir Deutschen – und mit uns die 14 anderen Staaten der Euro-Zone – nun für Griechenland zahlen oder zumindest bürgen müssen, ist bitter. Und dass der Schrecken nicht noch einmal wiederkehrt, ist längst nicht ausgemacht.

Dennoch birgt diese Krise noch ein ganz anderes Motiv. Und auch hieran wird sich Europa erinnern, wenn es eines Tages aus sicherer Entfernung zurückschaut. Die vergangenen Wochen haben offengelegt, wie weit die europäische Integration mittlerweile fortgeschritten ist – und zwar nicht nur auf dem Papier der Brüsseler Verträge. Es klingt paradox nach all den Streitereien: Aber Europa ist in dieser Krise weiter zusammengedrückt.

Da ist zunächst einmal das Hilfspaket selbst. So dornig der Weg dorthin war, so unübersehbar ist es nun ein Zeichen europäischer Verbundenheit – ein 80 Milliarden Euro teurer Solidarpakt.

Man konnte das Zusammenrücken aber auch erkennen, als am 1. Mai die Gewerkschaften demonstrierten und deutsche Arbeiter lebhaft über das griechische Rentensystem diskutierten. Hin und her gerissen sind die Deutschen zwischen der Solidarität mit ihren Kollegen in Athen und dem Ärger, nun auch dafür geradestehen zu müssen, dass diese bislang viel früher in den Ruhestand gehen durften. Die Forderung ist klar: »Wenn wir für euch zahlen sollen, müsst ihr auch genauso lange arbeiten wie wir.«

Die Debatte über einheitliche europäische Sozialstandards war bislang ein Ladenhüter linker europäischer Thinktanks. Nun wird sie auf der Straße geführt, in Essen genauso wie in Athen oder Paris. Mit einem Mal werden in Europa nicht nur die Staatsdefizite verglichen, sondern auch das Rentenalter und die Sozialleistungen. Und aus Europa, dem Projekt der Eliten, ist über Nacht ein Thema für alle geworden – Vorurteile inklusive. Gustav Seibt hat in der *Süddeutschen Zeitung* auf diesen Zusammenhang hingewiesen.

Ein anderes Beispiel ist die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Ob Angela Merkel mit der Hilfe für Griechenland gezögert hat, weil in Düsseldorf gewählt wird – diese Frage ist in London genauso leidenschaftlich diskutiert worden wie in Bratislava oder Den Haag. Der britische Economist hat die deutsche Kanzlerin hierfür so entschieden kritisiert wie das *Svenska Dagbladet*. Diese Kritik wiederum ist nicht ohne Echo geblieben – der Wahlkampf in NRW gewann ein neues Thema (siehe Seite 5).

Vom Ringen der Staatschefs bis zum Schlagabtausch in der Boulevardpresse: Die oft beschworene und lange Zeit vermisste europäische Innenpolitik – so sieht sie aus. Dass dabei unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen, etwa von deutschen Steuerzahlern und griechischen Rentnern, ist ungewohnt. Ein Rückschritt ist es nicht.

Die EU befinde sich gegenwärtig in ihrer schwersten Krise, »mit allem Potenzial zu einer Tragödie«, hat der große Europäer und noch größere Apokalyptiker Joschka Fischer in diesen Tagen geunkt. Gerade deshalb ist es wichtig, zu verstehen, wodurch sie sich von den vorangegangenen Krisen unterscheidet. In den vergangenen Jahren war es der Lissabon-Vertrag, der die EU von einer Verlegenheit in die nächste stürzte. Gestritten wurde um Abstimmungsregeln und Verfahrensänderungen, mit denen das byzantinische Regelwerk perfektioniert werden sollte. Die Integration, so schien es vielen, war zum Selbstzweck verkommen. Die Griechenland-Krise hingegen hat sich Europa nicht ausgesucht. Sie betrifft den Kern des europäischen Projektes.

Dabei haben sich die Rollen auf bemerkenswerte Weise verkehrt. Lange Zeit war die EU ein politisches Projekt, dem die wirtschaftliche Integration als Vehikel diente. Dabei galt: Was politisch richtig war, konnte wirtschaftlich nicht falsch sein. Die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone folgte diesem Prinzip. Nun zwingt die Entwicklung der Weltwirtschaft die EU zu weiterer Integration. Und wirtschafts- oder finanzpolitische Fehler beschwören fatale politische Konsequenzen herauf – schlimmstenfalls bis hin zu einem Auseinanderbrechen der EU. (...)

2 Online-Artikel zum Thema »Wirtschaftskrise in Griechenland«

BILD.DE



Montag, 3. Mai 2010 – 23:30 Uhr

Euro-Krise

Liebe Politiker, würden Sie mit Ihrem Privatvermögen für die Griechen-Milliarden bürgen?

Lieber Leser, schicken Sie Ihrem Abgeordneten einen Brief

Die Milliarden-Hilfe für das klamme Griechenland kommt in Fahrt! Deutschland bürgt für bis zu 22,4 Milliarden Euro für Athen allein bis 2012 – mit dem Geld der Steuerzahler!

5 Aber würden auch unsere Politiker selbst mit ihrem Privatvermögen für die Griechen gerade- stehen? Jetzt können die BILD-Leser ihre Abge- ordneten fragen, ob die für die Griechen bürgen
10 würden. Laden Sie ihn hier herunter, drucken Sie ihn aus und schicken Sie ihn Ihrem Abgeordneten (Vorname, Name, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin) – bevor es zu spät ist.

Bereits gestern beschloss das Bundeskabinett
15 das Hilfs-Paket. Bis zum Wochenende soll das Ge- setz endgültig verabschiedet sein. Ab 19. Mai sol- len die ersten Milliarden nach Athen fließen. Dabei warnen namhafte Juristen und Wirtschaftsexper- ten vor einem schweren Verstoß gegen den EU- Vertrag. Denn: Der Artikel 125 verbietet, dass Euro- Staaten gegenseitig für ihre Schulden geradestehen
20 (»no bail out« – kein Herauspaucken). Der Ex-Jura- Professor Joachim Starbatty hat eine Klage vor dem Verfassungsgericht bereits angekündigt.

25 Der Ex-Wirtschaftsweise Rolf Peffekoven zu BILD: »Laut EU-Vertrag kann kein Land zu Hilfen verpflichtet werden. Die geplanten Hilfen verstoßen gegen die No-Bailout-Klausel des EU-Vertrags.«

30 Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: »Das wird mit Si- cherheit rechtlich angefochten. Der Maastricht- Vertrag und die Euro-Verträge geben das nicht her, weil Griechenland nicht ohne eigenes Zutun in Ge- fahr geraten ist.«

35 Die Bundesregierung hat sich allerdings hinter den Kulissen vom Verfassungsgericht beraten las- sen – und hält die Griechen-Hilfe für einwandfrei, weil Deutschland freiwillig mit Krediten hilft.

Zugleich schweigt die Bundesregierung über mögliche Kosten für die Steuerzahler. In dem Ge- setzentwurf heißt es: »Die mittelbaren finanziellen
40 Auswirkungen sind nicht bezifferbar.«

Dabei brauchen die Griechen offenbar noch viel mehr Geld als bisher bekannt! Nach BILD.de- Informationen taxiert das Finanzministerium den
45 Finanzierungsbedarf bis Ende 2012 auf insgesamt 150 Milliarden Euro. 40 Milliarden Euro davon sol- len am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Die

restlichen 110 Mrd. Euro stellen IWF und Euro- Staaten bereit. Bekommt Griechenland jedoch kein Geld an den Finanzmärkten, müssten die Euro- Staaten einspringen, so Finanz-Staatssekretär Stef- fen Kampeter gestern im Haushaltsausschuss.

Kritik kommt von der Opposition. SPD und Grü- ne verlangen für ihre Zustimmung u.a., die Banken stärker an den Milliarden-Kosten zu beteiligen. Der
55 parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Tho- mas Oppermann, zu BILD: »Es wird am Freitag na- mentliche Abstimmungen über die Griechenland- Hilfe und die notwendigen Konsequenzen für die Finanzmärkte geben. Wenn die Regierung es nicht tut, wird die SPD das beantragen.«

Unterdessen sorgte die Europäische Zentral- bank (EZB) für eine Überraschung: Sie will sich an der Griechenland-Hilfe beteiligen! Die Euro-Hüter akzeptieren ab sofort griechische »Ramsch«-Staats- anleihen als Kredit-Sicherheiten.
65

ZEIT ONLINE



Dienstag, 4. Mai 2010 – 11:18 Uhr

Staatspleite

Der liederliche Grieche

Die armen südeuropäischen EU-Verwandten haben hier mittlerweile ein Image wie Langzeitarbeitslose. Sie lassen es sich angeblich auf Kosten deutscher Steuerzahler gut gehen Von TANJA DÜCKERS

Plötzlich ist sie wieder da, die Sehnsucht nach der D-Mark. Sie war der Stolz der Deutschen, stabil und unverwüstlich, ein Symbol für die guten alten Zeiten. Und heute? Heute zerbröselst der Euro, weil korrupte und faule Südeuropäer auf unsere Kosten leben. So ähnlich jedenfalls denken viele Deutsche. Wie kaum ein anderer Staat wird Griechenland derzeit verspottet und verachtet.

Galten die Griechen lange Zeit als die etwas besseren Südeuropäer, kultiviert und lebenslustig, so hat sich ihr Image mit der Schuldenkrise abrupt verändert. Nun verkörpern sie quasi das Gegenteil der deutschen Tugenden. Selber Schuld, lautet unisono das Urteil. Wer so lange über seine Verhältnisse lebt, hat nichts anderes verdient als die Pleite – auf jeden Fall schon gar nicht deutsches Geld, um die Krise zu überwinden.

Nichts scheinen die Deutschen mehr zu verabscheuen als die Vorstellung, andere könnten sich auf ihre Kosten ein schönes Leben machen. Wochenlang geisterte das Bild des liederlichen Griechen durch die Medien, der sich von seinen reichen Verwandten Geld geliehen hat, um es anschließend zu verprassen, während man selbst jeden Cent zweimal umdreht. Die armen EU-Verwandten im Süden haben mittlerweile ein ähnliches Image wie Langzeitarbeitslose in Hamburg oder München: Angeblich liegen sie auf der faulen Haut und lassen es sich auf Kosten ehrlicher Steuerzahler gut gehen. In beiden Fällen gehen die Müßiggänger angeblich davon aus, dass Berlin am Ende die Zechen übernehmen muss.

Europäische Solidarität, der Euro als »Schicksalsgemeinschaft«? In der Krise ist sich jeder selbst der Nächste. Anders ist die Haltung der Bundesregierung in den vergangenen Wochen kaum zu erklären. Monatelang verzögerte sie konkrete Hilfszusagen, obwohl die Finanzmärkte auf eine griechische Pleite wetteten. Damit sollten die Griechen gezwungen werden, mit ihren Sparvorhaben ernst zu machen, hieß die Begründung.

Dabei hat Deutschland wie kaum ein anderes EU-Mitglied von der Währungsunion profitiert. Zwei Drittel aller deutschen Exporte gehen in das europäische Ausland. Und ohne die Währungsunion wäre der deutsche Exportboom innerhalb Europas kaum denkbar, denn die DM wäre bald so

aufgewertet worden, dass deutsche Waren unverhältnismäßig teuer geworden wären. Dann gäbe es weniger »made in Germany« bei den Hellenen. Ähnlich paradox wurde zuletzt auf die EU-Osterweiterung reagiert. Gerade in den Staaten, die am stärksten ökonomisch davon profitierten, wie Deutschland und Österreich, stieß die Erweiterung auf besonders große Ablehnung und wurde von hysterischen Warnungen begleitet.

Es ist schon erstaunlich, mit welchem Hass und welcher Verachtung nun auf das griechische Debakel reagiert wird. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Deutschland am Ende selbst von der Hilfe profitieren wird, die es nach langem Zögern endlich bereitgestellt hat – die Kredite müssen schließlich mit sehr hohen Zinsen zurückgezahlt werden.

Auch wenn die aktuelle Krise mit dem EU-Hilfspaket vorerst gebannt scheint, kann es ein »Weiter so« nicht geben. Das gilt sicherlich für die Griechen, die nun mit Sparmaßnahmen konfrontiert sind, die es früher nur zu Kriegszeiten gab. Das gilt aber auch für Deutschland. Denn der tiefere Grund für die Finanzmisere liegt in der ungleichen Entwicklung, die verschiedene EU-Mitgliedsstaaten in den vergangenen Jahren genommen haben. Nicht nur die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt, auch die meisten anderen Staaten der Euro-Zone haben mittlerweile gewaltige Defizite.

Deutschland hat dieses Ungleichgewicht durch seine einseitige Exportorientierung maßgeblich mit verursacht. Deutsche Unternehmen haben jahrelang die Reallöhne gesenkt und gleichzeitig die Produktivität erhöht, während andere Länder wie Frankreich zumindest moderate Lohnerhöhungen zu verzeichnen hatten. So wurden andere EU-Ländern nieder konkurriert – durchaus auf Kosten der Arbeitnehmer in Deutschland.

Auf die Dauer funktioniert eine Wirtschaftsgemeinschaft nicht, in der ein Land verkauft und die anderen kaufen: Das ist ein Nullsummenspiel, denn je mehr Deutschland exportiert, desto höher fallen die Defizite der anderen Staaten aus. Wenn es nicht gelingt, diese ungleiche Entwicklung aufzuhalten, droht sie Europa früher oder später zu zerreißen.

TAGESSPIEGEL.DE



Dienstag, 4. Mai 2010 – 02:00 Uhr

Finanzkrise

Griechenland: Die Entdeckung der Schnelligkeit

Athen drückt beim Sparprogramm aufs Tempo – die griechischen Gewerkschaften antworten mit einer Welle von Streiks und Protesten Von GERD HÖHLER

So schnell dürfte selten in der Geschichte des modernen Griechenland ein Gesetz verabschiedet worden sein: Am Samstag wurde das neue Sparprogramm eingetütet, am Sonntag in einer Krisensitzung vom Athener Kabinett gebilligt, am Montag ging es in Form eines Gesetzentwurfs ins Parlament, und bereits am Mittwoch soll es verabschiedet werden und in Kraft treten. Aber es regt sich Widerstand: Die griechischen Gewerkschaften antworten mit einer Welle von Streiks auf die Sparmaßnahmen, die vor allem den öffentlichen Bediensteten, aber auch Hunderttausenden Rentnern neue Opfer abverlangen. Bereits am Montag legten die Beschäftigten der Kommunalbehörden die Arbeit nieder

Der öffentliche Dienst streikt. Der Gewerkschafts-Dachverband GSEE hat für Mittwoch zu einem Generalstreik aufgerufen. An dem Ausstand wollen sich auch die Fluglotsen beteiligen. Hunderte Inlandsflüge und Flugverbindungen ins Ausland müssen deshalb gestrichen werden – ein neuer Schlag für den griechischen Tourismus, der ohnehin unter der Krise und den Streiks leidet.

Die Staatsbediensteten bekommen die Sparmaßnahmen besonders stark zu spüren. So muss beispielsweise ein Lehrer, der im vergangenen Jahr einschließlich Zulagen rund 31 000 Euro verdiente, in diesem Jahr mit 27 000 Euro auskommen. Die Gewerkschaften beziffern die Einbußen sogar auf bis zu 30 Prozent. Und an Gehaltserhöhungen ist zumindest für die nächsten drei Jahre nicht zu denken. »Die Arbeitnehmer können wenigstens protestieren«, sagt der 72-jährige Pensionär Giorgos Kassimatis, »aber wir Rentner haben gar keine Möglichkeit, uns zu wehren.« 850 Euro Rente bekommt er im Monat, durch die Kürzungen werde er im Schnitt 40 Euro pro Monat weniger haben, kalkuliert der Pensionär. Und weil jetzt die Mehrwertsteuer bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen um zwei Prozentpunkte auf nun 23 Prozent steigt, »ist meine Einbuße in Wirklichkeit noch größer«, sagt Kassimatis.

»Das große Opfer« lautet die Schlagzeile des Massenblatts »Ta Nea«. »Hoffnung gesucht«, titelt die konservative Zeitung »Apojevmatini«. Die regierungsnahe »Eleftherotypia« stimmt ihre Leser auf »Vier Jahre ohne Verschnaufpause« ein, die linksgerichtete Zeitung »Ethnos« erwartet sogar »Fünf

steinige Jahre«. Und die Wirtschaftszeitung »Kerdos« schreibt: »Die große Odyssee beginnt – das ist unsere letzte Chance.« Das Finanzblatt »Imerisia« sieht in der Schuldenkrise den »Bankrott des politischen Systems«. Die einzige Hoffnung sei nun, dass die Regierung die Kraft aufbringe, das Sparprogramm umzusetzen.

Premierminister Giorgos Papandreou versucht, seinen eingeschüchterten und verängstigten Landsleuten etwas Mut zu machen: Die Regierung habe »harte, aber notwendige Entscheidungen« treffen müssen. In der Krise liege aber auch »die Chance, dass wir alle gemeinsam ein besseres, gerechteres, transparenteres und humaneres Griechenland aufbauen, ein Griechenland, auf das wir stolz sein können«, sagte der Premier.